

**SPD-Fraktion im Rat
der Gemeinde Rastede**



- Rede zum Haushalt 2018 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

im Februar dieses Jahres haben wir den Haushalt 2017 verabschiedet. Ich zitierte dabei in meiner Rede aus der damaligen Presse und das möchte ich heute wiederholen: „Die finanzielle Lage der Gemeinde Rastede ist angespannt wie lange nicht mehr. Die Einnahmen reichen nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken. Für Investitionen ist eigentlich kein Geld da.“ Stimmt, und zwar immer noch.

Bereits damals haben wir alles versucht, den Haushalt auf gesunde Füße zu stellen. Von einer Steuererhöhung konnten wir Anfang des Jahres noch absehen. Jetzt aber nicht mehr.

„Ratlosigkeit regiert“, stand in der Presse. Das ist eindeutig falsch und ich weise das für unsere Fraktion entschieden zurück. Ratlosigkeit ist lt. Duden der Zustand einer Person, in der sie nicht weiter weiß oder irgendetwas nicht einordnen kann. Dies ist keinesfalls so. Wir alle wissen, dass wir einen engen Haushalt haben, den wir nachhaltig sanieren müssen. Die Betonung liegt dabei auf Nachhaltigkeit. Es nützt uns nichts, wenn wir nur Kosmetik betreiben. Nägel mit Köpfen sind gefragt, ansonsten stehen wir im nächsten Jahr wieder vor gleichen Problemen. Und ewig grüßt das Murmeltier. Also suchen wir nach Lösungen und wir haben eine gefunden, aber eine, die uns sehr schwer fällt und eigentlich das letzte Mittel darstellt. Steuererhöhungen und zwar auf einem Level, der noch immer unter Landesdurchschnitt liegt.

Nun gibt es einige, die meinen, man müsste vorher mal den ganzen Laden überprüfen, angefangen beim Personal über die Organisation hin zu den Einnahmen und Ausgaben. Was meinen die denn, was wir gemacht haben. Meint man wirklich, wir sitzen hier in der Sitzung und orakeln nur herum?

Wir haben uns viele Gedanken gemacht, viele Sitzungen gehabt, viele Gespräche geführt, Papier gewälzt. Natürlich haben wir gehofft, dass sich kurzfristig die Einnahmesituation verbessert und wir haben sogar mehr Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten als ursprünglich erwartet. Das hat gut geklappt. Aber so etwas hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun, da es von uns nicht beeinflussbar ist, und es reicht auch nicht, nur einen Haushaltsausgleich hin zu bekommen. Wenn wir strukturell etwas ändern wollen, dann müssen wir die laufenden Einnahmen und Ausgaben und natürlich auch unsere Investitionen intensiv auf den Prüfstand stellen.

Wir müssen uns doch fragen, wo kommt das Geld für einen Ausgleich her? Und zwar dauerhaft nicht nur einmalig, das ist entscheidend.

Unsere Antwort: durch Steuern, sonstigen Einnahmen und natürlich auch durch Ausgabenreduzierung.

Fangen wir mit den Ausgaben an. Es gibt feste Ausgaben und freiwillige Ausgaben.

Zu den festen Ausgaben gehören Löhne, Gehälter, energetische Ausgaben, sämtliche Geschäftsausgaben, also alle Ausgaben, zu denen wir verpflichtet sind oder die wir dringend benötigen, damit der Betrieb überhaupt richtig laufen kann. Auch die haben wir geprüft und sind zum Ergebnis gekommen, dass eine Einsparung dort kaum möglich ist. Und gucken Sie sich das Rathaus doch an. Man kann wirklich nicht davon reden, dass man dort pompös sitzt. Es ist schon sehr minimalistisch. Andere Ammerlandkommunen sind anders untergebracht. Und der Personalschlüssel ist schon der niedrigste im Ammerland. Den zu kürzen, geht gar nicht.

Natürlich wird man nun sofort erwidern: halt, Ihr habt doch einen Kulturbeauftragten eingestellt. Was sollte das denn überhaupt. Dazu sage ich: dazu stehen wir. Das war eine richtige Entscheidung. Rastede hat mit dem Schloss, dem Schlosspark, dem Palais mit Garten und den Torhäusern ein Alleinstellungsmerkmal, das in Norddeutschland seines Gleichen sucht. Da müssen wir ran. Das muss aufgewertet werden zum Wohle unserer Gemeinde, für uns alle, aber auch für die, die dann gerne zu uns kommen wollen. Hierzu benötigt man fachlich versiertes und gut vernetztes Personal – schon als Voraussetzung, um leichter an Fördertöpfe heranzukommen. Denn das alles kostet Geld. Bereits jetzt erhalten wir Fördermittel in erheblicher Höhe. Ich sage allen, auch denen, die es nicht hören wollen, die Einstellung rechnet sich.

Nun die freiwilligen Ausgaben:

Die Verwaltung hat uns dankenswerterweise eine Liste aller freiwilligen Ausgaben zur Verfügung gestellt, die im Übrigen lediglich 1,5 % des Haushaltes ausmachen. Wenn man die durchsieht, dann kann man eine Streichung dort wahrlich nicht vornehmen. Oder wollen wir die Horte in Rastede, Hahn und Wahnbek auflösen, der Kultur kein Geld mehr geben (Bücherei, Musikschulen, KKR, Theater, Heimatverein) dem Sport Geld streichen oder noch abverlangen oder die Bäder schließen. Nein, das wollen wir glaube ich alle nicht. Das macht Rastede als Gemeinde auch aus. Das gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Wenn wir diese Strukturen halten wollen, dann muss die Solidargemeinschaft der Rasteder hierfür auch aufkommen.

Unsere Investitionen: im Investitionsprogramm sind viele Streichungen und Verschiebungen enthalten, wobei man nicht vergessen darf, dass 60-70 % der investiven Ausgaben in den Folgejahren refinanzierungsfähig sind. Trotzdem halten wir einiges für falsch. Wir können unser Deckenprogramm und das Moorstraßenprogramm nicht um 2 Jahre verschieben. Der Breitbandausbau (ist schließlich ein Standortfaktor), die laufende Bauunterhaltung und die Planungskosten für die Mühlenstraße sind zu berücksichtigen. Und keinesfalls zu vergessen, die Dorferneuerung im Norden der Gemeinde. Dort haben wir nur einen engen Zeitrahmen, um Projekte umzusetzen und bezuschusst zu bekommen. Die Dorfgemeinschaft hat sich eine Prioritätenliste erstellt, die wir im Rat abgesegnet haben. Diese sollten wir auch einhalten und wichtige Projekte angehen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern im Norden schuldig.

Eins noch: warum kauft Ihr das Palais für 3,1 Mio. €? Das hört man immer wieder. Weil wir die einmalige Möglichkeit hatten. Weil es sonst ein anderer gekauft hätte

und wir keinen Zutritt mehr gehabt hätten. Interessenten waren vorhanden. Weil wir schon viel Geld ins Palais gesteckt haben. Weil wir uns die jährlich Pacht sparen wollen. Weil wir als Eigentümer auch entsprechende Zuschüsse erwarten können. Weil es ein weiterer wichtiger kultureller Baustein für unsere Gemeinde ist, den wir uns leisten wollen und auch können, denn der Kaufvertrag läuft über 20 Jahre.

Nun die Einnahmen:

Neben den Gebühren und Beiträgen haben wir die Steuern und die Zuweisungen. Die Gebühren kann man in der Regel nicht ohne weiteres erhöhen, das haben wir bei den vorherigen Tagesordnungspunkten schon gesehen. Die Beiträge sind zu vernachlässigen. Kommen wir zu den Steuern.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit 9,4 Mio. € der 2. höchste Einnahmeansatz im Haushalt. Wenn man weiß, dass 15 Cent eines gezahlten Euros an Einkommensteuer der Gemeinde zufließt, dann sieht man, dass wir eine Gemeinde sind, in der gutes Geld verdient wird. Und das heißt auch, dass man mit bedarfsgerechter Wohngebietsausweisung durchaus auch mehr Geld einnehmen kann, auch wenn man berücksichtigen muss, dass natürlich auch Mehrausgaben die Folge sein werden. Es muss sich insgesamt rechnen. Aber um unsere Strukturen halten zu können, wir uns auch weiter entwickeln wollen, werden wir nicht umhin kommen, für den Wohnungsmarkt vernünftige Voraussetzungen zu schaffen.

Den Gemeindeanteil an Umsatzsteuer erwähne ich nur am Rande, auch wenn der derzeit mit 1,2 Mio. € veranschlagt ist.

Die Schlüsselzuweisung des Landes ist in diesem Jahr die höchste, die wir bisher erhalten haben. Das freut uns sehr, reicht aber immer noch nicht, um eine nachhaltig positive Veränderung unserer Haushaltslage zu erlangen.

Bleiben die Realsteuern, die wir selber festsetzen können. Wir tun uns damit sehr schwer. Ich habe mal in meinen alten Haushaltsreden nachgesehen. Bereits seit 2012 reden wir darüber, dass wir tätig werden müssen. 2015 haben wir das mit einem kleinen Schritt getan. Aber das war zu wenig. Wir hatten damals schon darauf hingewiesen. Jetzt ist es leider soweit. Wir sind damit immer noch unter Landesdurchschnitt. Und wenn Sie die Steuersätze umliegender vergleichbar großer Mittelzentren sehen, dann sind unsere Sätze auch insoweit noch niedrig.

Wir sind überzeugt davon, dass wir mit der Anhebung der Steuersätze einen vernünftigen Schritt zur nachhaltigen Konsolidierung unseres Haushaltes gehen und hierdurch auch künftig unsere guten Strukturen erhalten und maßvoll ausbauen können.

Ich möchte zum Schluss nochmals darauf hinweisen, dass das Problem der Steuererhöhung aus dem laufenden Betrieb resultiert und nicht aus den Investitionen.

Abschließend gebe ich der Presse recht, wenn dort steht, einen ratlosen Gemeinderat kann in dieser Phase der Sanierung niemand gebrauchen. Das ist richtig. Wir als SPD-Fraktion nehmen für uns jedenfalls in Anspruch, nicht ratlos zu sein. Wir werden weiterhin Wege aufzeigen, die den Haushalt strukturell verbessern. Wir werden intensiv daran arbeiten - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer schönen Gemeinde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Rastede, 12. Dezember 2017

Rüdiger Kramer
SPD-Fraktionsvorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -